

Niederschrift

zur 20. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am Montag, den 04.06.2018
um 18:00 Uhr im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 126

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 20:00 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01. und 19.03.2018 - öffentlicher Teil
4. Richtlinie zur Förderung von Angeboten für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern im Landkreis Oder-Spree
5. 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung vom 22.04.2009 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 08.05.2009, 16. Jahrgang, Nr. 5) geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 24.03.2010 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 28.05.2010, 17. Jahrgang, Nr. 6)
6. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Zahlung einer Schulkostenpauschale für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft
7. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01.2018 - nichtöffentlicher Teil
2. Vergleich in einem gerichtlichen Verfahren des Landkreis Oder-Spree

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Pech leitete die Beratung. Er stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. 6 stimmberechtigte Abgeordnete waren anwesend.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

zugestimmt

**Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01. und 19.03.2018 -
öffentlicher Teil**

Das Protokoll der Sitzung vom 22.01.2018 wurde mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen bestätigt.

Zum Protokoll der Sitzung vom 19.03.2018 gab es eine längere und kontroverse Diskussion. Herr Dr. Zeschmann kritisierte das Protokoll. Nach seiner Auffassung gibt das Protokoll nicht die in der Sitzung getätigten Äußerungen wider; es entspricht nicht der Wahrheit.

Herr Buhrke verwies darauf, dass sich der Finanzausschuss zu Beginn der Legislaturperiode auf die Fertigung von Ergebnisprotokollen verständigt hatte. Eine wörtliche Aufzeichnung (analog Kreisausschuss und Kreistag) würde einen erheblichen Mehraufwand für das Kreistagsbüro darstellen.

Herr Dr. Pech forderte Herrn Dr. Zeschmann auf, die aus seiner Sicht erforderlichen Ergänzungen zum Protokoll einzureichen. Er schlug vor, das Protokoll vom 19.03.2018 mit den Ergänzungen von Herrn Dr. Zeschmann auf der nächsten Ausschusssitzung zur Abstimmung zu stellen. Zukünftig sollten Ergänzungen zum Protokoll bis zur nächsten Sitzung vorliegen.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 2

**Zu TOP 4 Richtlinie zur Förderung von Angeboten für Kinder im Grundschulalter
und ihre Eltern im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 028/2018**

Vom Fachamt war kein Vertreter anwesend, so dass fachliche Nachfragen unbeantwortet bleiben mussten. Herr Buhrke verwies darauf, dass für fachliche Fragen der Jugendhilfeausschuss zuständig ist. Der Jugendhilfeausschuss hat der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt.

Die Beschlussvorlage wurde ausgiebig diskutiert und am Ende einstimmig, bei 3 Enthaltungen, an den Kreisausschuss verwiesen. Die unterschiedlichen Standpunkte der Ausschussmitglieder werden in kurz zusammengefasster Form wiedergegeben.

Herr Dr. Zeschmann:

- die Stellungnahme der Kämmerei entspricht einer indirekten Ablehnung,
- die Maßnahmen sind inhaltlich gut und sinnvoll,
- es handelt sich um neue, zusätzliche Maßnahmen für den Haushalt

Herr Buhrke ging auf die Stellungnahme der Kämmerei ein. Diese macht die Rahmenbedingungen deutlich. Die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen sind bei der Aufstellung zukünftiger Haushalte zu beachten.

Herr Umbreit:

- Es steht die Frage: Wollen wir uns das leisten? Wollen wir gleiche Lebensverhältnisse im Landkreis?
- Das könnte zu einer Erhöhung der Kreisumlage führen.

Herr Birnack: Wie kann der „Erfolg“ der Maßnahme gemessen werden“

Herr Schrobback: die Maßnahme ist positiv, ihre Finanzierung wird angezweifelt

Herr Papendieck fragte nach der Abrechnung der Leistungen und der Einhaltung der Tarife. Das sollte über eine entsprechende Kontrolle sichergestellt werden.

Herr Dr. Pech verwies auf die Debatten zum Planentwurf 2018. Alle Diskussionen wurden unter dem Gesichtspunkt geführt, die Kreisumlage zu senken. Aufgaben, die der Landkreis im Rahmen seiner Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion wahrnimmt, kosten Geld. Die Kreisumlage des LOS ist niedrig. Eine Senkung der Kreisumlage würde zur Streichung dieser Aufgaben führen. Die Kreisumlage darf nicht zum alleinigen Punkt der Haushaltsdebatte gemacht werden. Das führt dazu, dass der Landkreis seine Aufgaben nicht erledigen kann.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 3

**Zu TOP 5 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung vom 22.04.2009 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 08.05.2009, 16. Jahrgang, Nr. 5) geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 24.03.2010 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 28.05.2010, 17. Jahrgang, Nr. 6)
Vorlage: 029/2018**

Der Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes, Herr Pilz erläuterte die Beschlussvorlage und ging kurz auf die Neuerungen in der Schülerbeförderungssatzung ein:

- Ersatzschulen sind jetzt eingeschlossen, ebenso Waldorfschulen
- Leistungs- und Begabungsklassen
- Besuch Fachschule (als erste Berufsausbildung)

Herr Dr. Zeschmann fragte nach der Steigerung der Anzahl der Schüler. Antwort = 120.

Herr Buhrke führte aus, dass die Finanzierung im Haushaltsjahr 2018 aus Reserven erfolgt und somit nicht das Defizit 2018 erhöht.

Herr Dr. Pech merkte an, dass in der Beschlussvorlage Bezug genommen wird auf den Beschluss des Kreistages vom 6.12.2017 aber nicht darauf, wie dieser Beschluss zustande gekommen ist (Antrag der Fraktion „Die Linke“ - Lücke im Anspruch auf Schülerbeförderung schließen). Dem Antrag der Fraktion wird mit der Beschlussvorlage nicht in vollem Maße entsprochen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

**Zu TOP 6 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Zahlung einer Schulkostenpauschale für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft
Vorlage: 033/2018**

Herr Buhrke machte einige einleitende Vorbemerkungen zum Thema Schulkostenpauschalen und zum neuen Schulgesetz. Danach sind jetzt auch investive Kosten über Pauschalen zu finanzieren. Zur Höhe der Pauschalen wurde sich gemeinsam mit den Gemeinden verständigt. Es wurde eine sachliche Diskussion geführt. Die Gemeindevertretungen haben der Pauschale zugestimmt.

Herr Dr. Pech äußerte seine Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Dr. Zeschmann verwies auf steigende Kosten in den Folgejahren infolge steigender Schülerzahlen.

Herr Buhrke erwiderte darauf, dass als einzige Alternative die Übernahme der 3 Schulen (mit Grundschulteil!) besteht. Das führt ganz sicher zu keiner Kostensenkung.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 7 Sonstiges

Herr Buhrke informierte darüber, dass der Entwurf für die Richtlinie Kreisstrukturfonds erarbeitet wurde. Der Entwurf wird derzeit in der Verwaltung abgestimmt und soll anschließend mit den Abgeordneten und Bürgermeistern/Amtsdirektoren beraten werden. Da 2019 die Modernisierung des Spreeradweges durch den Landkreis erfolgen soll, wird ausreichend Zeit für die Diskussion des Richtlinienentwurfs vorhanden sein.

Herr Papendieck fragte nach, ob es möglich ist, den Haushaltsplan 2019 auf der ersten Kreistagssitzung 2019 zu beschließen. Auch Herr Birnack sprach sich für die Vorlage des Entwurfs noch im alten Jahr aus. Die Frage führte zu einer ausgiebigen und kontroversen Diskussion, die sich nicht nur mit dem (eentlichen) Thema befasste.

Herr Buhrke und Frau Wellmer nannten folgende Argumente für die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens:

- das Aufstellungsverfahren zieht sich über einen sehr langen Zeitraum hin, um alle gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen
- Abstimmungsrunden, die in den letzten Jahren auf Wunsch der Gemeinden eingeführt wurden, beanspruchen Zeit
- der Hebesatz wird rechtzeitig – auf der Haushaltsklausur im November – bekannt gegeben
- die Orientierungsdaten vom MdF über die Höhe der Schlüsselzuweisungen, ... liegen erst im Sommer vor – somit fehlen wichtige Informationen zur Finanzausstattung
- ein Vorziehen des Planungsprozesses erhöht die Ungenauigkeit der Planung und führt dadurch zur Erarbeitung von Nachtragshaushalten (für Nachträge gilt das gleiche formelle Verfahren!)
- ein Verschieben des Planungsprozesses und die Erarbeitung von Nachtragshaushalten erhöht die Arbeitsbelastung der Kämmererei/Fachämter und führt zu einem höheren Personalbedarf

Herr Dr. Pech beendete die Diskussion. Er verwies darauf, dass der Haushaltsplan für das Jahr 2019 der letzte Haushaltsplan ist, den dieser Kreistag beschließt. Bis zum Ende der Wahlperiode sollten keine Änderungen am Aufstellungsverfahren vorgenommen werden.

Dr. Artur Pech
Vorsitzender des
Ausschusses für Haushalt
und Finanzen

Hariett Wellmer
Schriftführerin